

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

25. Oktober 2021
Carmen Runge
☎ 361 – 1 02 89

Protokoll

der neunten Sitzung des Landesausschusses für Berufsbildung (LAB) in der 13. Amtsperiode am 28. September 2021

Beginn: 14:30 Uhr
Ende: 16:50 Uhr
Ort: per Videokonferenz
Teilnehmende: s. Anlage 1

TOP 1: Begrüßung

Daniela Teppich begrüßt die Anwesenden und heißt Antalia Lindenberg von der IG Metall als Gast herzlich willkommen.

Genehmigung der Tagesordnung

Daniela Teppich weist darauf hin, dass Jens Nieth, der das Projekt MENTOpro vorstellen werde, derzeit noch nicht anwesend sei. Sie schlägt daher vor, den TOP 4 Bericht zum Sachstand „Sprachsensible Prüfungen“ vorzuziehen.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig beschlossen.

TOP 2: Abstimmung des Protokolls der achten Sitzung vom 27. Mai 2021

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 4 (vorgezogen): Bericht zum Sachstand „Sprachsensible Prüfungen“

Daniela Teppich berichtet einleitend, dass sich zunehmend zeige, dass Auszubildende ihre Prüfungen nicht erfolgreich bestehen würden, weil Prüfungsaufgaben zu kompliziert formuliert seien. Deshalb habe man sich der Thematik angenommen, wie man Prüfungen sprachsensibler gestalten könne.

Eine Vertreterin der geschäftsführenden Stelle führt aus, dass Anfang September ein Treffen zwischen Vertreter:innen der Handels- und Handwerkskammer, der Senatorin für Kinder und

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Bildung und der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa stattgefunden habe, in dem man das Problem beleuchtet und erste Lösungsansätze formuliert habe. Sie stellt die Ergebnisse der Sitzung (Anlage 2) vor und schlägt vor, den Unterausschuss 1 „Grundsatzfragen der Berufsbildung“ auf Grundlage dieser ersten Ergebnisse zu befassen und mit der Formulierung einer Stellungnahme zu beauftragen. Sie informiert weiterhin, dass sich auch der Bremer Rat für Integration in seiner Sitzung am 4. Oktober 2021 (erneut) mit sprachsensiblen Prüfungen in der dualen Ausbildung befasse und sie dazu eingeladen habe.

Eine Vertreterin der Arbeitnehmerseite ergänzt, dass sich Sprachprobleme nicht erst in der Prüfung zeigten. Betroffen seien auch Prüflinge, deren Muttersprache Deutsch sei. Um dem entgegenzuwirken, müsse man daher schon deutlich früher unterstützende Maßnahmen anbieten und nicht erst bei der Prüfung. Eine alleinige Senkung des Sprachniveaus könne nicht die Lösung sein. Die Problematik sei allgemein bekannt und wiederholt in der Deputation für Kinder und Bildung thematisiert worden. Im LAB seien unterschiedliche Interessensgruppen vertreten, so dass es sinnvoll sein könne, die Thematik aus diesem Gremium heraus zielgerichtet anzugehen.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite unterstützt den Vorschlag, das Thema in den Unterausschuss 1 zu geben. Er bestätigt, dass sprachfördernde Maßnahmen bereits in der allgemeinbildenden Schule und im Übergangssystem angeboten werden sollten. Es solle geklärt werden, ob sich die Empfehlung des Unterausschusses nicht nur an die Landesregierung und den Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung, sondern darüber hinaus noch an weitere Adressaten richten solle.

Daniela Teppich schlägt vor, die Empfehlung zusätzlich an die Kammern sowie deren Berufsbildungs- und Prüfungsausschüsse zu richten.

Die Vertreterin der geschäftsführenden Stelle ergänzt, dass die Empfehlung differenzierter formuliert werden müsse. Das BMBF könne über den Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung gebeten werden, die Regelungen des BBiG zum Nachteilsausgleich zu prüfen und ggf. zu erweitern. Eine Empfehlung an die Landesregierung könne hingegen darauf abzielen, eine flächendeckende Qualifizierung der Prüfer: innen oder die Einrichtung einer Servicestelle zur Durchsicht von Prüfungsaufgaben, die in Bremen erstellt werden würden, anzustreben. Sie berichtet weiter, dass der Senator für Finanzen als zuständige Stelle für seine Prüfungsausschüsse bereits einen Workshop durchgeführt habe, um sie für sprachensible

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Prüfungen zu sensibilisieren. Sie erklärt abschließend, dass die Senatorin für Kinder und Bildung an einem durchgängigen Sprachkonzept arbeite, um Sprachproblemen möglichst frühzeitig zu begegnen.

Ein Vertreter des Senators für Finanzen schildert, dass der Senator für Finanzen als zuständige Stelle umfangreiche Sprachfördermaßnahmen während der Ausbildung anbiete, der Erfolg aber nur mäßig sei.

Ein Vertreter der obersten Landesbehörden bittet darum, auch den Bereich der Gesundheitsfachberufe bei der Empfehlung mitzudenken. Man müsse zudem bei den Prüfenden ansetzen. Umständliche Formulierungen und lange Sätze führten zu Problemen bei den Prüflingen.

Daniela Teppich fasst zusammen, dass der Unterausschuss 1 damit beauftragt werden solle, eine Empfehlung zu sprachsensiblen Prüfungen zu formulieren.

Der LAB beschließt, den Unterausschuss 1 zu beauftragen, eine Empfehlung zum Thema „Sprachsensible Prüfungen“ zu erstellen. Diese soll sich an den BIBB-Hauptausschuss, an die Landesregierung sowie an die zuständigen Stellen und an die Kammern im Land Bremen und deren Berufsbildungs- und Prüfungsausschüsse richten.

TOP 3 (verschoben): Projekt MENTOpro des DGB Bildungswerk Bund e.V.

Daniela Teppich informiert, dass Literalität bei Auszubildenden schon länger auf der Agenda des LAB stehe.

Jens Nieth stellt das Projekt „MENTOpro“ vor, das im Rahmen der Umsetzung der Dekade für Alphabetisierung des BMBF initiiert wurde (Anlage 3). Das Vorgängerprojekt „Mento“ sei auch im DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen umgesetzt worden, beim aktuellen Projekt sei dies nicht der Fall. Ziel des Projektes sei es, betriebliche Kooperationspartner:innen auf dem Weg zum grundbildungssensiblen Betrieb zu begleiten. Er erklärt auf Nachfrage, dass es aufgrund der Vertraulichkeit zwischen den betrieblichen Mentor:innen und den Betroffenen in den Betrieben keine Informationen gebe, in welchen Altersgruppen das Angebot wahrgenommen werde. Jens Nieth informiert weiter, dass man schwerpunktmäßig mit größeren Betrieben zusammenarbeite, weil der Zugang dort leichter sei.

Eine Vertreterin der geschäftsführenden Stelle weist darauf hin, dass es neben dem Landesausschuss für Berufsbildung auch noch den Landesausschuss für Weiterbildung gebe, in dem

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

die Dekade für Alphabetisierung schon häufiger Thema gewesen sei. Das Land Bremen habe im Bereich Alphabetisierung schon zahlreiche Maßnahmen auf die Beine gestellt, z. B. zielgruppenspezifische Sprachprogramme und Fachstellen. Es zeige sich aber immer wieder, dass die Ansprache der Zielgruppe schwierig sei.

TOP 5: Blitzlicht zur Situation der beruflichen Bildung in der Corona-Pandemie

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite schildert, dass die Corona-Pandemie dazu geführt habe, dass es eine immer größer werdende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage gebe. Es seien noch viele Ausbildungsplätze unbesetzt, die die Unternehmen gern vergeben würden. Die Jugendlichen kämen aber insbesondere in diesem Jahr nicht bei den Unternehmen an. Das sei aus seiner Sicht wesentlich auf den Ausfall der Berufsorientierung an den Schulen sowie auf nicht stattgefundene Praktika zurückzuführen. Künftig müsse es wieder besser gelingen, dass die Jugendlichen direkt nach der Schule eine Ausbildung aufnähmen.

Daniela Teppich berichtet, dass man in der Vorbesprechung der Arbeitnehmerseite den Blick auf die berufsbildenden Schulen gerichtet habe. Problematisch sei u. a., dass für die Vergabe der mündlichen Noten im Homeschooling einheitliche Standards fehlten. Dies gelte auch für die schriftlichen Prüfungen. Während der Pandemie habe es Prüfungstage an den Schulen gegeben. Die Schüler:innen hätten dann in sehr kurzen zeitlichen Abständen mehrere Klausuren schreiben müssen, was eine große Belastung sei. Weiterhin sei die Frage nach dem Datenschutz im Online-Unterricht aufgekommen. Es lasse sich nicht immer ausschließen, dass nicht noch weitere Personen während des Online-Unterrichtes im Raum seien. Auch der Umgang mit dem Arbeitsschutzgesetz in Bezug auf die Bildschirmarbeitszeit sei thematisiert worden. Sie schlägt vor, die Themen in einer der nächsten LAB-Sitzungen noch einmal vertiefter zu beraten.

Ein Vertreter der Arbeitnehmerseite fügt hinzu, dass die Sicherheit der jeweiligen Branche bei der Entscheidung für einen Ausbildungsplatz ebenfalls eine große Rolle spiele. Viele Jugendliche wählten zudem den Weg ins Studium, was zu sinkenden Bewerber:innenzahlen führe. Wenn Auszubildende ihren Ausbildungsplatz nicht antreten würden, weil sie sich z. B. parallel beworben und für einen anderen Ausbildungsplatz entscheiden hätten, erfolge häufig keine Nachbesetzung und die Stellen blieben unbesetzt.

Eine Vertreterin der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven führt aus, dass aktuell Daten zum Ausbildungsmarkt zum Stichtag 31. August 2021 vorlägen. Bis zum Ende des Berichtsjahres am 30. September 2021 werde es dort noch einige Veränderungen geben. Es lasse

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

sich dennoch schon eine erste Tendenz ableiten. Demnach stehe das Land Bremen im Bundesvergleich gut da. Im Agenturbezirk Bremen-Bremerhaven (einschließlich Landkreis Osterholz) seien die gemeldeten Ausbildungsstellen zum Stichtag 31. August 2021 gegenüber dem Vorjahr um 320 auf 5.442 gestiegen. Davon seien noch 1.096 Stellen unbesetzt (- 141 im Vorjahresvergleich). Dem hätten zum gleichen Stichtag in diesem Jahr 5.108 Bewerber:innen (+ 200) gegenüber gestanden. Unversorgt seien noch 1.478 Bewerber:innen (- 10).

In der Stadt Bremerhaven seien die gemeldeten Ausbildungsstellen zum Stichtag 31. August 2021 gegenüber dem Vorjahr um 74 Stellen auf 992 gesunken. Die Zahl der gemeldeten Bewerber:innen liege um 73 über dem Vorjahresniveau und damit nun bei 1.326. Zum Stichtag habe es noch 263 offene Stellen gegeben, 17 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der unversorgten Bewerber:innen liege derzeit bei 363 (+ 35). Auf Nachfrage bestätigt sie, dass die außerbetrieblichen Ausbildungsplätze in der Gesamtzahl der gemeldeten Ausbildungsstellen enthalten seien. Die Vertreterin der Agentur für Arbeit erläutert auf weitere Nachfrage der Arbeitnehmerseite, dass die Ausbildungsstellenmarktstatistik die gemeldeten Stellen u. a. nach Branchen ausweise. Derzeit seien noch in ca. 100 Ausbildungsberufen Stellen unbesetzt, für die man z. B. im Rahmen der Nachvermittlungsaktion Vermittlungsvorschläge unterbreitet habe. Die Agentur erlange keine Kenntnis darüber, wenn ein Ausbildungsvertrag nach Antritt der Ausbildung gelöst worden sei. Diese Informationen lägen nur bei den Kammern vor, die die Ausbildungsverhältnisse eintragen würden.

Ein Vertreter der Arbeitgeberseite berichtet, dass das Handwerk insgesamt gut durch die Pandemie gekommen sei und in diesem Jahr wieder eine steigende Zahl bei den registrierten Ausbildungsverhältnissen verzeichne. Die Eintragungszahlen aus dem Jahr 2019 erreiche man aber noch nicht wieder. Derzeit seien noch viele Ausbildungsstellen im Handwerk unbesetzt, die online über das Lehrstellenradar eingesehen werden könnten. Da die Berufsorientierungsmessen etc. pandemiebedingt nicht stattgefunden hätten, sei es für die Jugendlichen schwieriger, in Kontakt mit den Betrieben zu kommen. Erfreulich sei, dass die Zahl der Vertragslösungsquoten rückläufig sei. Gestiegen sei hingegen die Anzahl der nicht bestandenen Abschlussprüfungen. Hier sei seit Jahren ein Abwärtstrend zu erkennen. Gemeinsam mit der Senatorin für Kinder und Bildung sowie der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sei man im regelmäßigen Austausch, um Ansätze zur Stärkung der dualen Ausbildung zu entwickeln.

Ein Vertreter der obersten Landesbehörden schildert für den Bereich der Gesundheitsfachberufe, dass die Pandemie noch einmal mehr gezeigt habe, dass man dringend mehr Pflegefachkräfte brauche. Daher habe man auch in der Pandemie alles daran gesetzt, die Ausbildungen in diesen Berufen durchzuführen, auch wenn die Bedingungen dafür nicht immer leicht

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

gewesen seien. Der Beschluss, Pflegekräfte besser zu bezahlen, habe den Beruf attraktiver gemacht und damit zu steigenden Ausbildungszahlen geführt.

Es wird abschließend vereinbart, dass die Daten zu Ausbildungsstellenmarktstatistik der Agentur für Arbeit dem Protokoll beigefügt werden (Anlage 4) und die Vorsitzenden sich untereinander verständigen, wie die von Daniela Teppich eingangs zu diesem TOP benannten Themen weiter im LAB verfolgt werden können.

TOP 6: Aktuelle Ausbildungssituation und Sachstandsberichte zur Vereinbarung Ausbildung: innovativ sowie zur Umsetzung der Jugendberufsagentur und zur Ausbildungsgarantie

Hierzu erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 7: Verschiedenes

Sachstand zum Jugendticket

Daniela Teppich schildert, dass der LAB im letzten Jahr eine Empfehlung zum 365 Euro-Ticket formuliert habe. In Niedersachsen sei die Einführung eines Tickets beschlossen worden, mit dem Schüler:innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ab dem Jahr 2022 für einen Euro pro Tag durch ganz Niedersachsen fahren könnten. Bremen habe hier nachgezogen und führe für die genannte Personengruppe ab August 2022 ein Nahverkehrsticket ein. Dieses werde 30 Euro monatlich kosten, gelte allerdings nur für den Bereich des VBN.

Berichte aus den Unterausschüssen

Es haben keine Sitzungen der Unterausschüsse stattgefunden.

Berufsbildungspolitische Parlamentsanfragen und entsprechende Antworten

Daniela Teppich verweist auf die versandte Deputationsvorlage zum Auszubildenden-Wohnheim. Sie freue sich, dass es bei der Umsetzung nun positiv vorangehe.

Sitzungstermine für das Jahr 2022

Es werden folgende Sitzungstermine für das Jahr 2022 festgelegt:

- 22. Februar (voraussichtlich Bremerhaven)
- 19. Mai
- 27. September

Landesausschuss für Berufsbildung

der Freien Hansestadt Bremen

Die geschäftsführende Stelle sagt zu, anzufragen, ob eine Teilnahme von Senatorin Sascha Aulepp an der Sitzung im Februar oder Mai des nächsten Jahres möglich sei.

Nächster Sitzungstermin: 9. Dezember 2021

Als Termin für die nächste Sitzung wird der 9. Dezember 2021 bestätigt. Die Sitzung findet ab 14:30 Uhr statt. Es wird vorgeschlagen, dass die Sitzung, falls Präsenzveranstaltungen wieder möglich sein sollten, in Präsenz stattfindet. Ein Sitzungsort wird noch gesucht.

Sonstiges

Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

gez. Daniela Teppich
(Vorsitzende)

gez. Carmen Runge
(Protokollantin)

- Anlage 1: Anwesenheitsliste
- Anlage 2: Sprachsensible (schriftliche) Prüfungen in der Aus- und Fortbildung
- Anlage 3: Präsentation zum Projekt „MENTOpro“ des DGB Bildungswerk Bund
- Anlage 4: Auszug aus der Ausbildungsstellenmarktstatistik der Agentur für Arbeit (Stichtag 31. August 2021)

Sprachsensible (schriftliche) Prüfungen in der Aus- und Fortbildung

Problem:

Um Prüfungen möglichst praxisnah zu gestalten, werden Fragestellungen häufig in einen Kontext eingebettet, der der zu lösenden Aufgabe vorangestellt wird.

Dabei muss selbstverständlich der berufsspezifische Wortschatz verwendet werden, um abzuklären, ob die Geprüften sich dieses Vokabular im Laufe der Ausbildung angeeignet haben.

Zum Teil sind die Texte und Fragen jedoch schwer verständlich formuliert, so dass es neben fachlichem Wissen und Vokabular auch vertiefter allgemeiner Sprachkenntnisse bedarf, um sie zu verstehen. Diese Problematik besteht sowohl in den schriftlichen als auch in den mündlichen Prüfungen. Dies kann dazu führen, dass Geprüfte trotz fachlich überzeugender Kenntnisse eine Prüfung nicht bestehen. Im schlimmsten Fall stehen die Geprüften, die die Prüfung wiederholt nicht bestehen, ohne einen beruflichen Abschluss dar.

Daraus leiten sich zwei Ziele ab:

- Abbau solcher sprachlichen Hürden bei Aufrechterhaltung des Prüfungsniveaus
- Prüfung, ob die zuständigen Stellen bei endgültigem Nichtbestehen der Prüfung ein Zertifikat ausstellen dürfen, das die erreichten Kompetenzen ausweist.

Das zweite Ziel wird unter dem Begriff „Feststellung non-formaler Kompetenzen“ derzeit auf vielen Ebenen diskutiert und weiterentwickelt und soll hier nicht weiter thematisiert werden.

Lösungsansätze:

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, sich des Problems zu nähern: von Seiten der Geprüften oder von Seiten der Prüfenden.

- Geprüfte:
 - Verbesserung des Sprachniveaus: Ziel bei diesem Ansatz ist es, den Geprüften ein Sprachniveau zu vermitteln, mit dem sie auch schwierige Texte meistern können. Unterstützungsmaßnahmen während der Ausbildung werden z. B. von der Agentur für Arbeit angeboten, daneben gibt es Prüfungsvorbereitungskurse. Eine andere Möglichkeit besteht darin, vor Beginn der Ausbildung eine Einstiegsqualifizierung zu besuchen, um während dieser Zeit die Sprachkenntnisse zu verbessern.
 - Nachteilsausgleich während der Prüfung: Gemäß § 65 Berufsbildungsgesetz sind Nachteilsausgleiche mit Blick auf die Dauer von Prüfungszeiten oder die Zulassung

von Hilfsmitteln (wie Wörterbüchern) derzeit nur für die Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse behinderter Menschen vorgesehen. Hier könnte das BMBF über den Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung gebeten werden, eine Ergänzung des Paragraphen zu prüfen. Parallel könnte der Hauptausschuss um Prüfung gebeten werden, ob die von ihm beschlossenen Musterprüfungsordnungen entsprechend ergänzt werden könnten; alternativ käme auch eine entsprechende Empfehlung des Hauptausschusses in Frage.

- Prüfende:

In vielen Berufen werden bundesweit einheitliche Prüfungen erstellt, die im Zuge ihrer Erstellung auch dem Institut für Textoptimierung vorgelegt und von diesem daraufhin geprüft werden, ob die Texte verständlich formuliert sind.

- Prüfstelle: Für Prüfungen, die in Bremen erstellt werden, könnte nach diesem Vorbild eine zentrale „Prüfstelle“ eingerichtet werden.
- Qualifizierung: Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, Qualifizierungen für Prüfende anzubieten, die auf eine sprachliche Sensibilisierung zielen. Angebote dazu gibt es beispielsweise vom Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln, vom Institut für Textoptimierung in Halle und vom RKW/IQ Netzwerk Bremen.

MENTO^{pro}

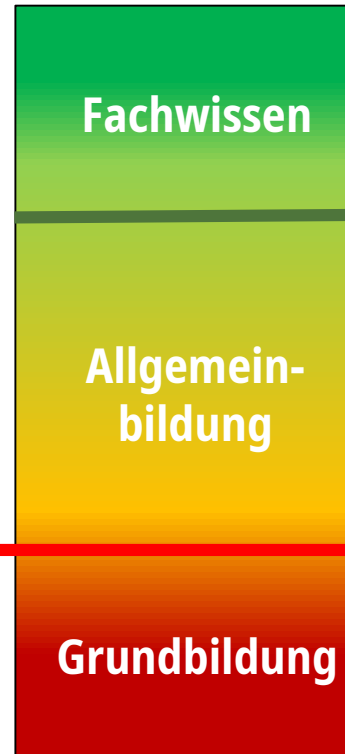


GEMEINSAM FÜR EINE STARKE BELEGSCHAFT

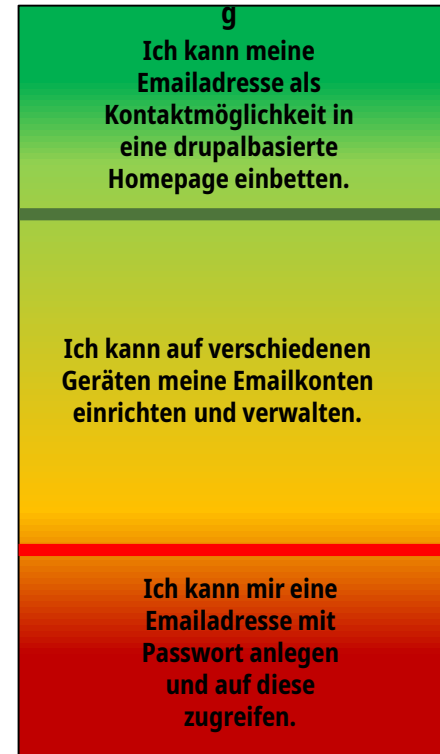
Fotos: Robert Kneschke; Daniel Mock; Stillix / Adobe Stock, Collage: Dörte Stein

Arbeitsdefinition: Grundbildung

Oberbegriff für grundlegende Kulturtechniken unterhalb der Allgemeinbildung, die für weiteren Wissenserwerb und/oder die Teilhabe an der Gesellschaft wichtig sind.



Beispiel:
Digitalisierung/Computernutzung



Die Grenzziehung stellt die gesellschaftlichen Anforderungen dar und ist zeit- und kulturabhängig

Beispiele für Grundbildungsbereiche

**Literalität (Lesen/Schreiben),
Alltagsmathematik,
Digitale Grundbildung,
Gesundheitliche Grundbildung,
Umgang mit Geld,
Grundlegende Arbeitnehmerrechte,**

...

Literalität

Wir leben in einer schriftbasierten Gesellschaft. Unser Wissen wird in Texten gespeichert und weitergegeben.

Die Fähigkeit jedes Einzelnen, zu lesen und zu schreiben ist eine Grundvoraussetzung für weiteren Wissenserwerb und steht Zentrum aller Bildungsprozesse.

Literalität nimmt im Bereich der Grundbildung eine zentrale Rolle ein.

Literalität ist die Voraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft.

Umgang mit Behörden und Schulen, Fahrplan lesen, Einladungen, Briefe oder Kurznachrichten versenden....

Quelle: www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/de/themenportal/thema/literalitaet

Literale Grundbildung

Rund 6,2 Millionen Deutsch sprechende Erwachsene im Alter zwischen 18 und 64 Jahren sind gering literalisiert, haben also Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben. Das sind 12,1 Prozent der entsprechenden Gesamtbevölkerung.

I Eingeschränkte Schriftkompetenz – Alpha-Level 1 bis 3

α1 0,3 Mio. 

Diese Menschen können auch einzelne Wörter nicht lesen oder schreiben. Selbst gebräuchliche Wörter müssen Buchstabe für Buchstabe zusammengesetzt werden.

α2 1,7 Mio. 

Diese Menschen können einzelne Wörter lesen und schreiben, die Satzebene wird aber nicht erreicht.

α3 4,2 Mio. 

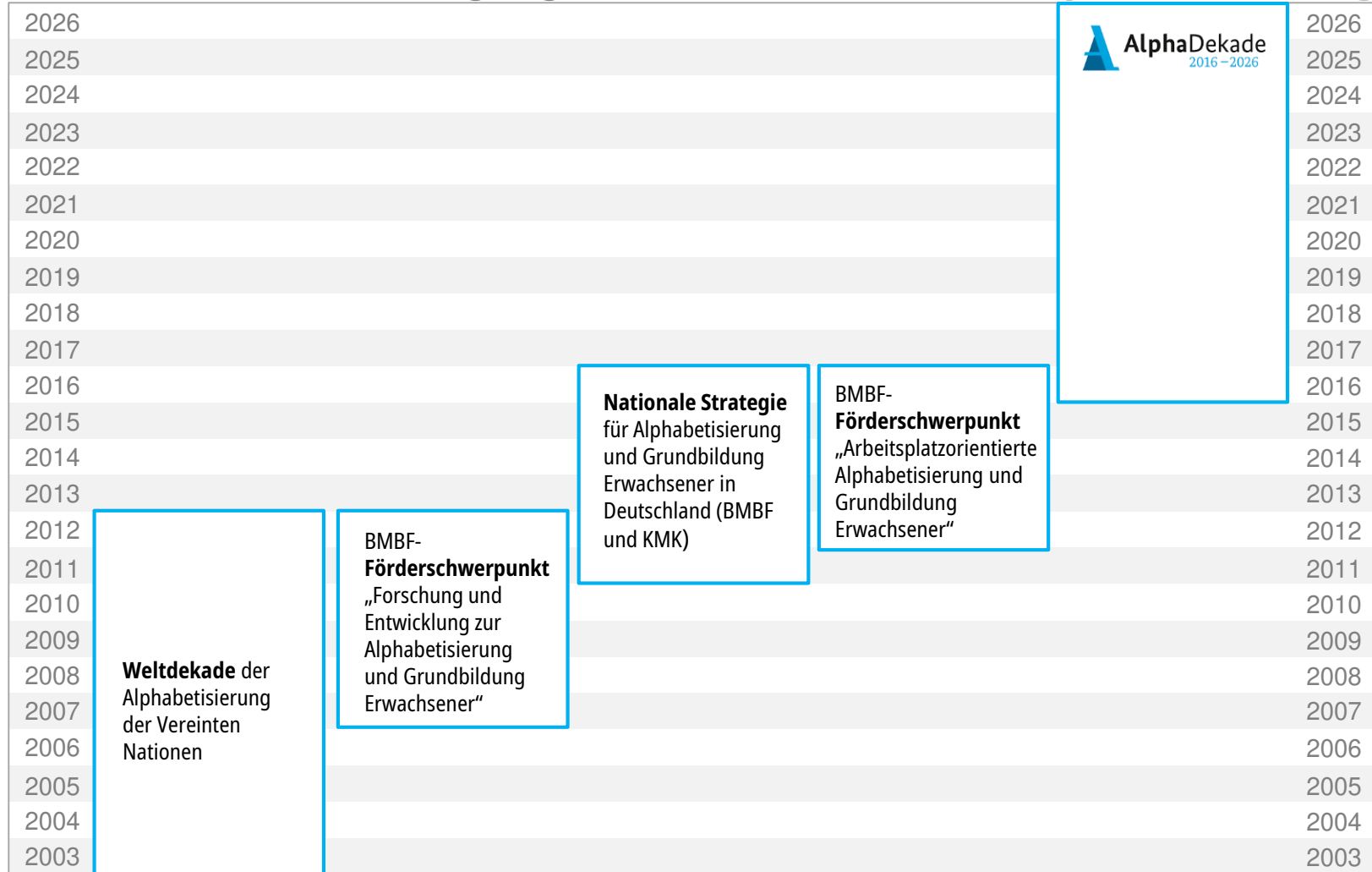
Diese Menschen können mit kurzen Sätzen umgehen. Sie scheitern aber bereits an kurzen Texten. Oft vermeiden sie das Lesen.

Quelle: Leo-Studie 2018

Es gibt darüber hinaus noch über 10 Millionen Menschen (20,5%), die nur langsam und / oder fehlerhaft schreiben können (Alpha-Level 4). Ihre Rechtschreibung liegt unter dem Niveau, das man gegen Ende der Grundschulzeit erreicht haben sollte.

Politische Rahmenbedingungen

Projektentwicklung



Weltdekade der Alphabetisierung der Vereinten Nationen

BMBF-Förderschwerpunkt
„Forschung und Entwicklung zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“

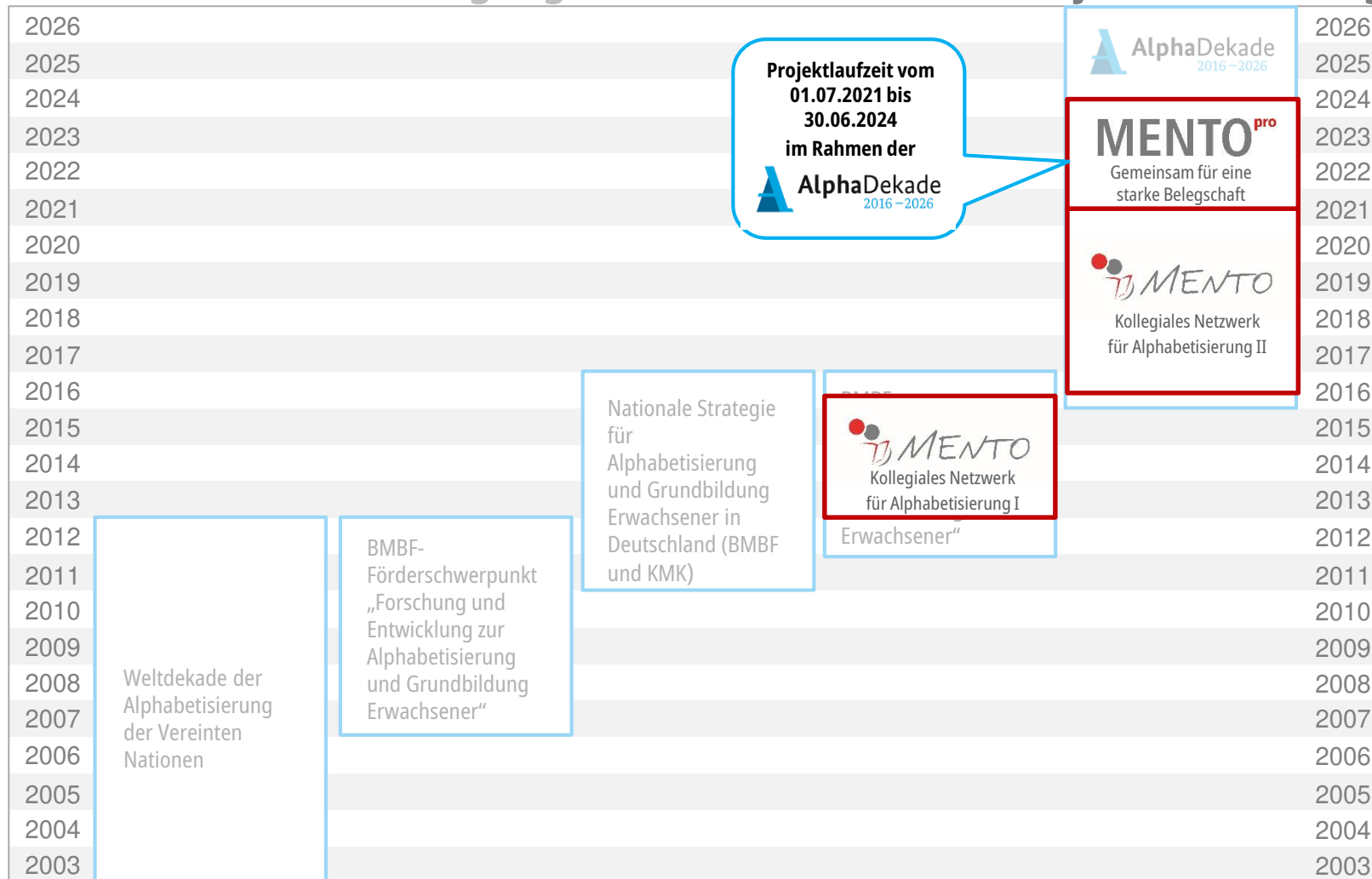
Nationale Strategie
für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Deutschland (BMBF und KMK)

BMBF-Förderschwerpunkt
„Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“

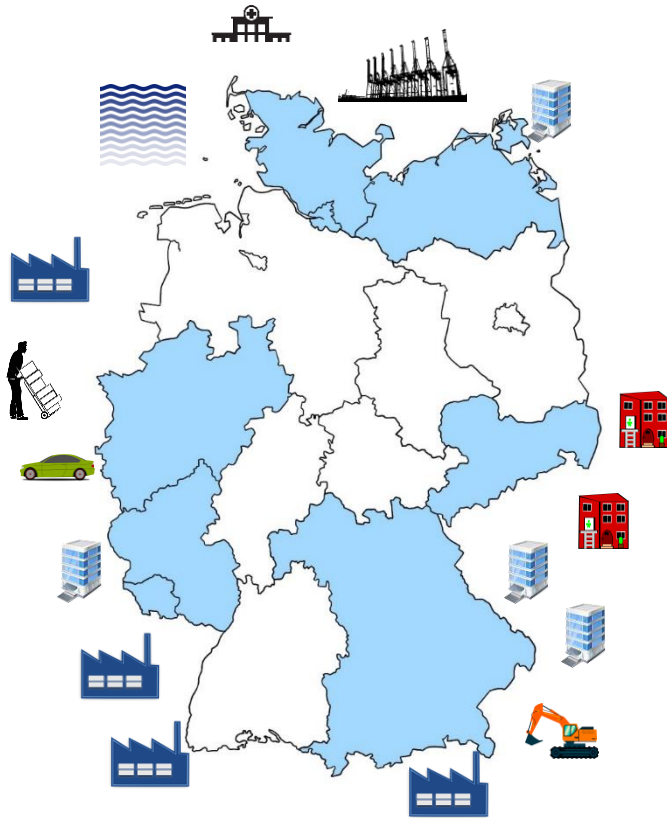
AlphaDekade
2016-2026

Politische Rahmenbedingungen

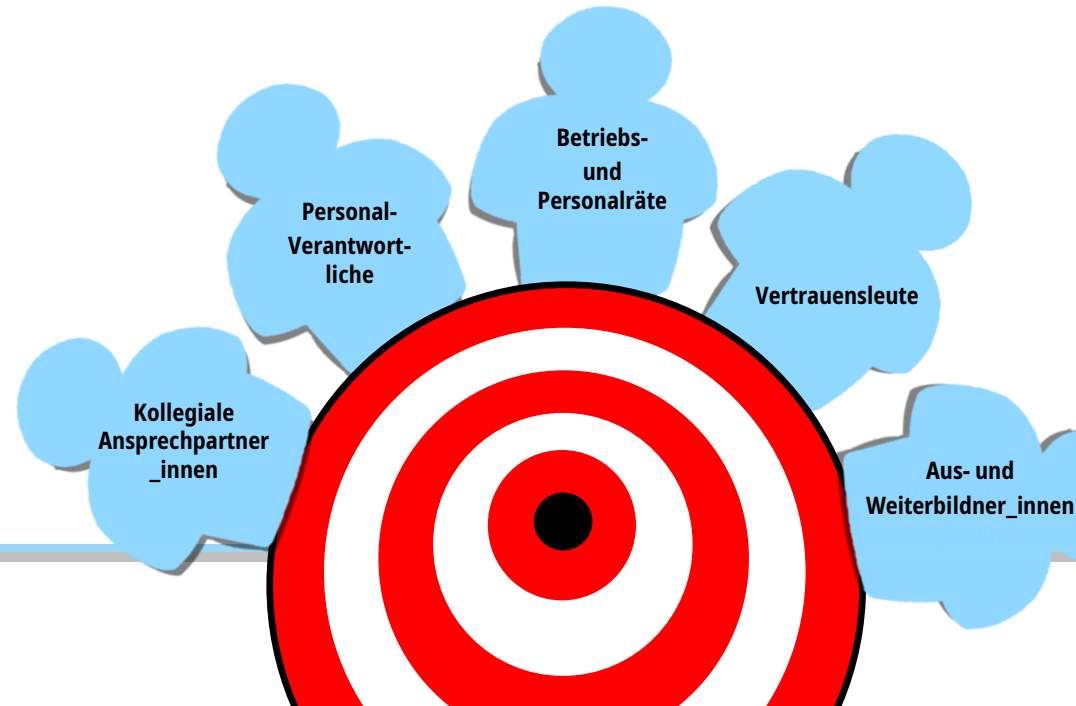
Projektentwicklung



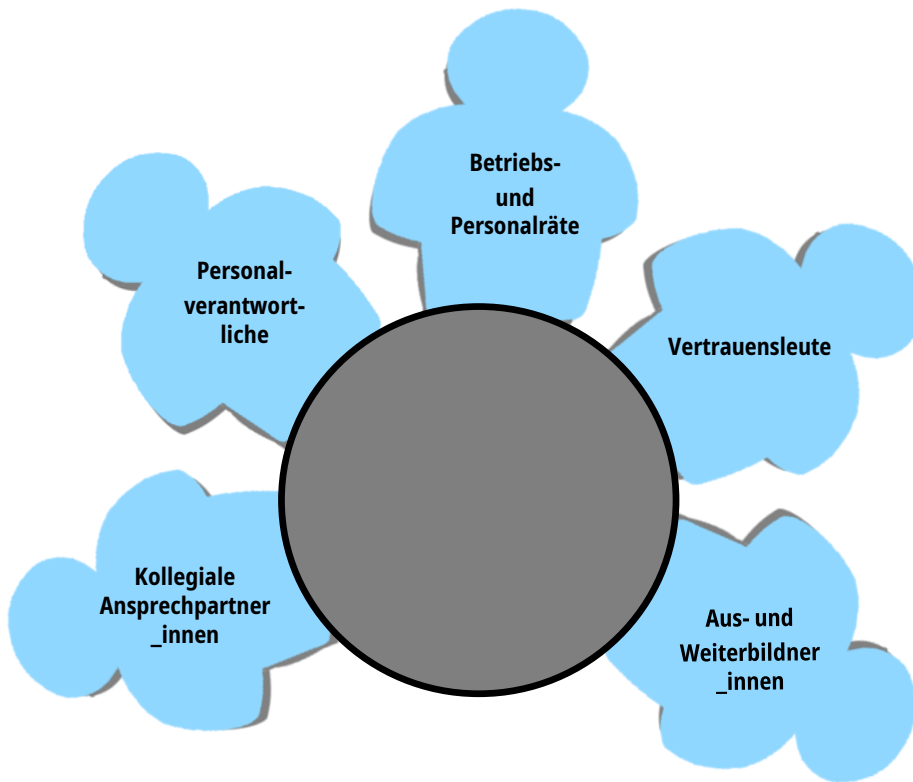
MENTOpro begleitet betriebliche Partner bei ihrer Entwicklung zum grundbildungssensiblen Betrieb



MENTOpro erweitert die Zielgruppen



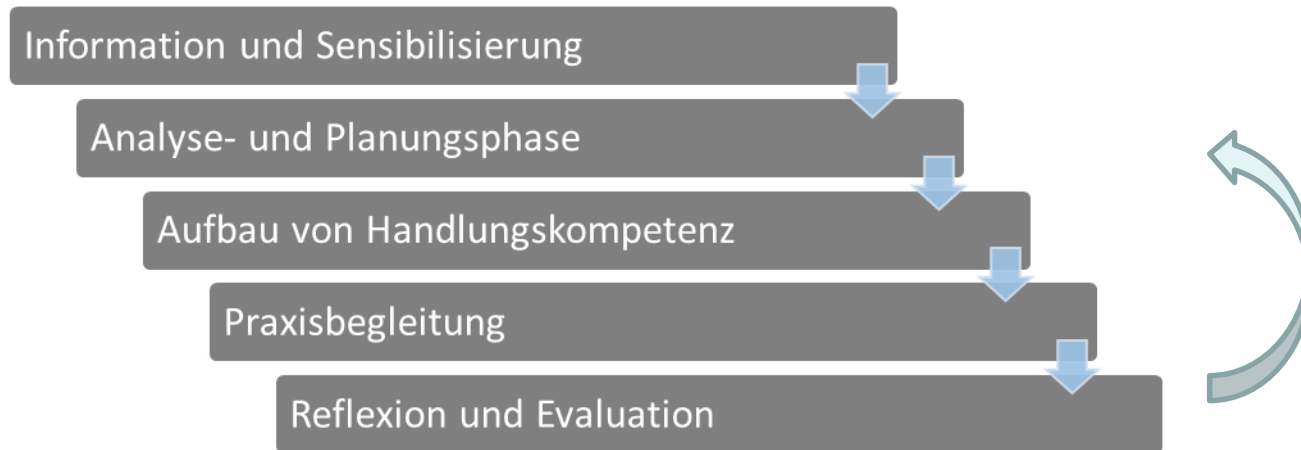
Betriebliche Steuerungsgruppe



Alle betrieblichen Aktivitäten werden durch eine betriebliche Steuerungsgruppe begleitet.

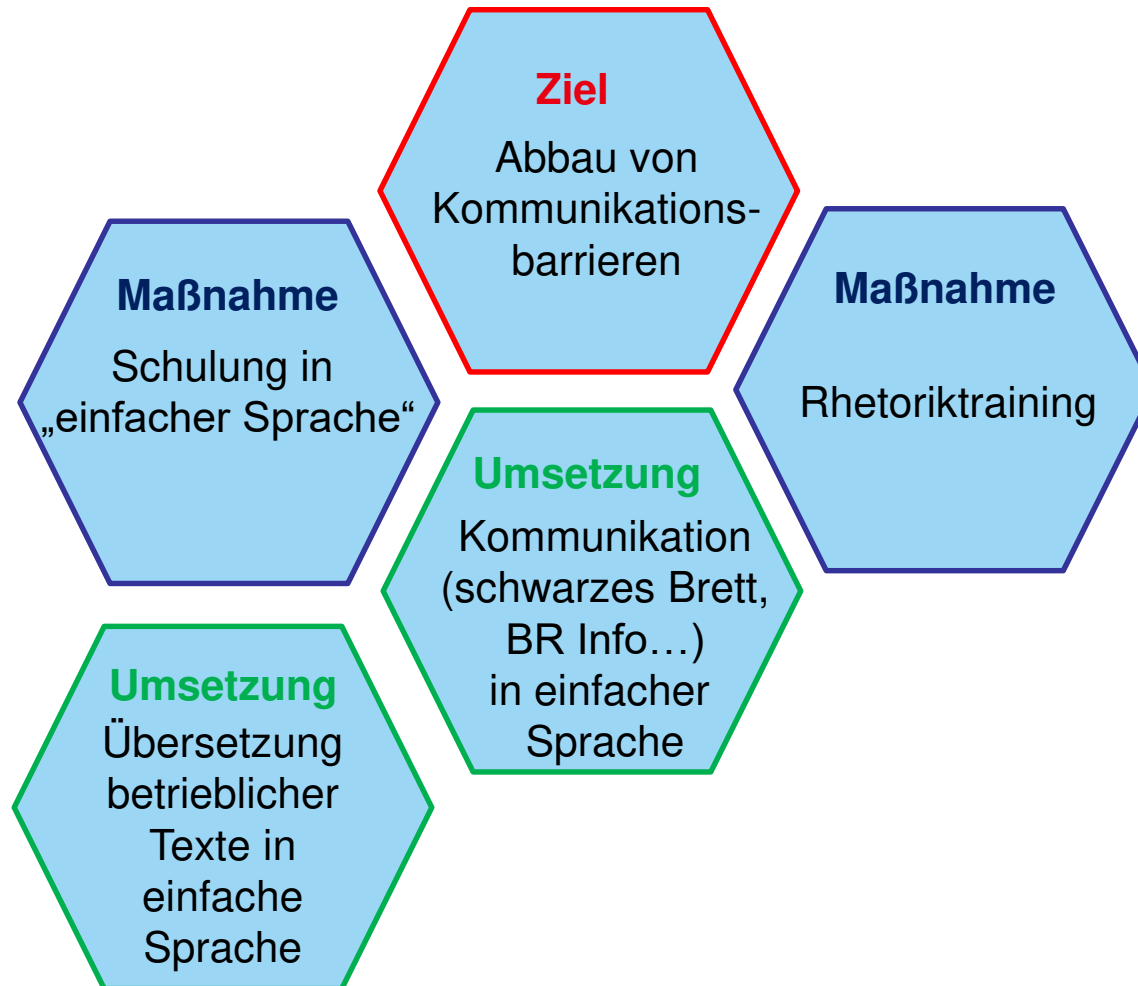
Diese analysiert die betrieblichen Bedarfe, plant Maßnahmen und evaluiert durchgeführte Aktivitäten

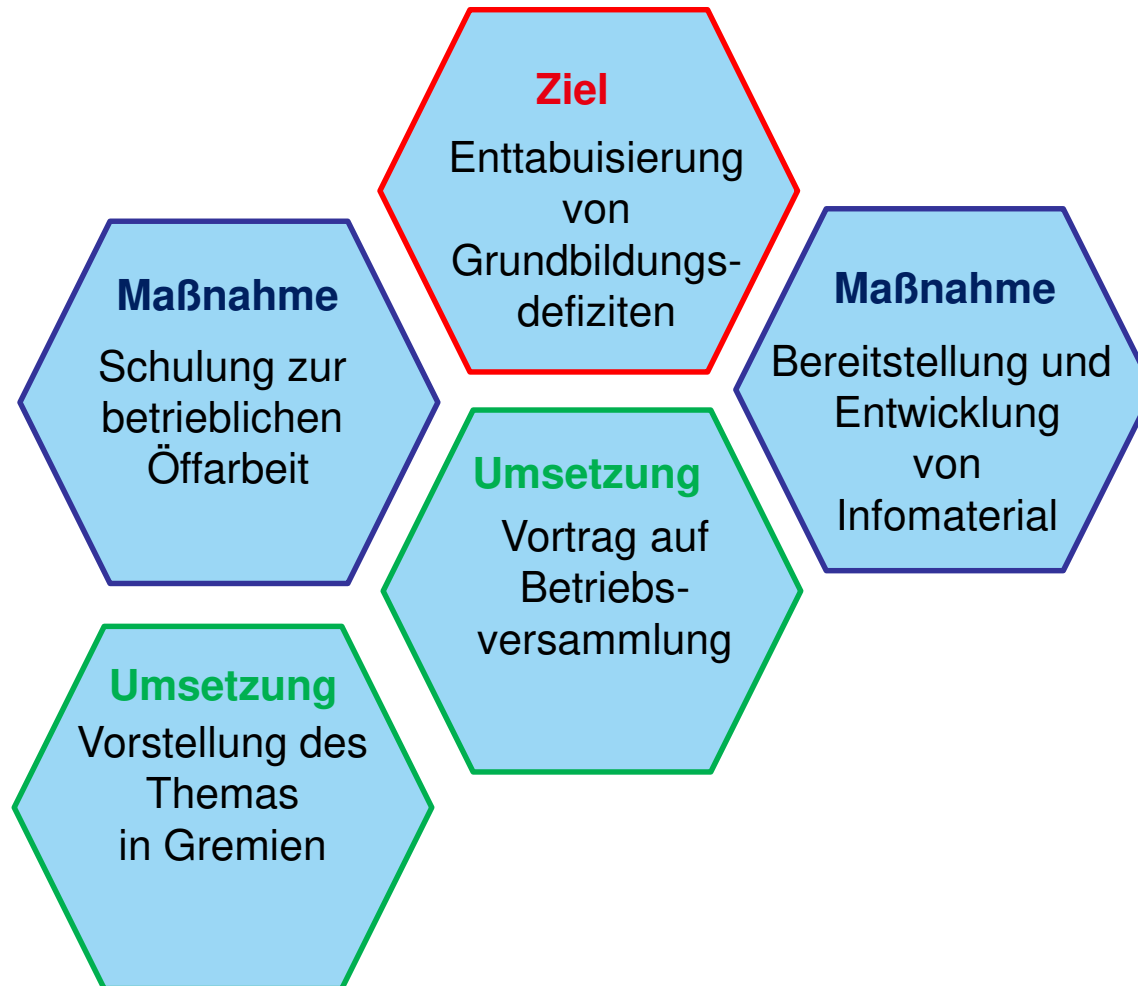
Prozess in 5 Phasen

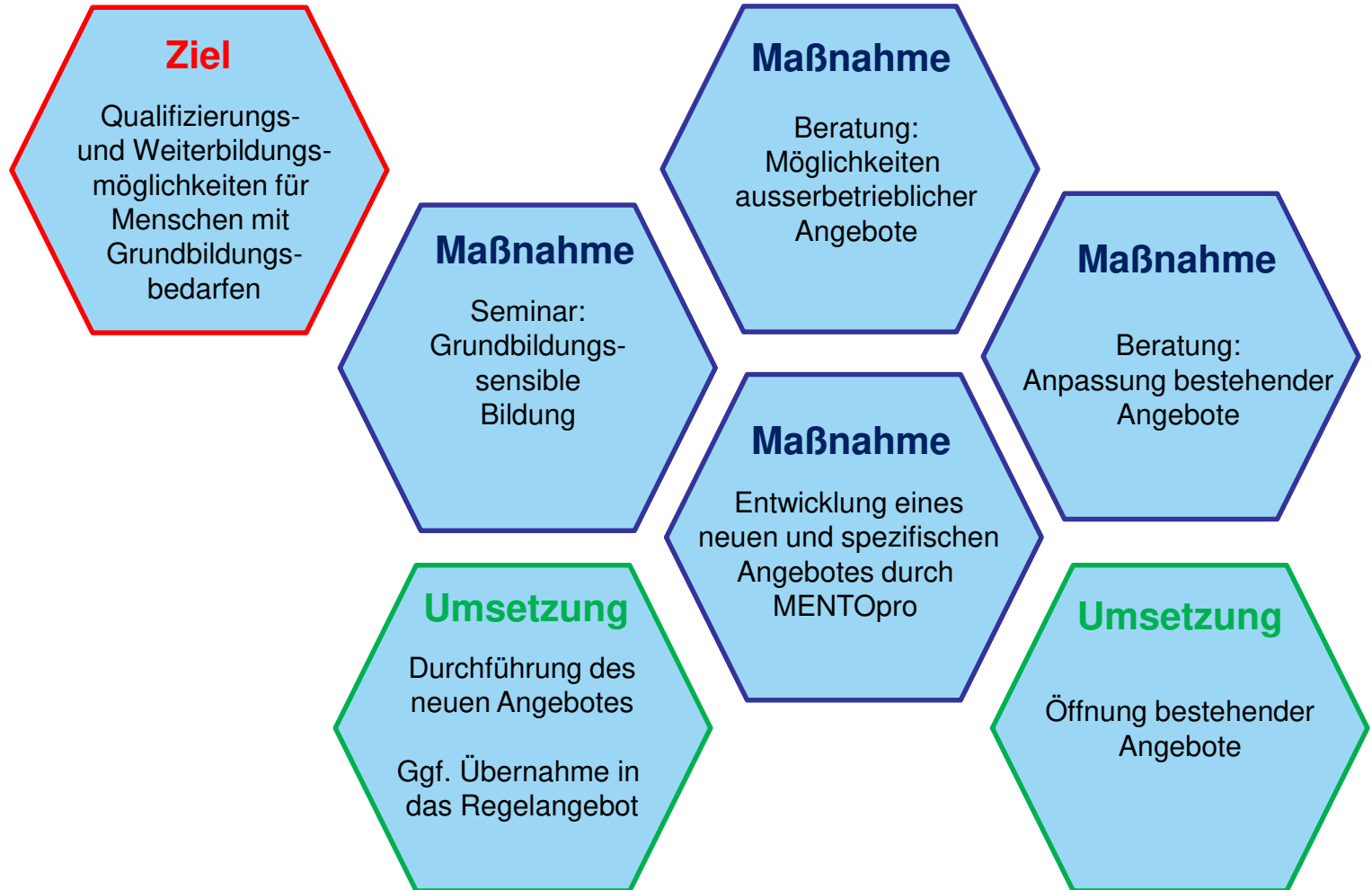


Was zeichnet einen grundbildungssensiblen Betrieb aus?











Seminarangebot

nicht abschließend – Angebote werden den Bedarfen angepasst

Basismodule

richten sich an alle oben genannten Zielgruppen. Basismodule bieten Basisinformationen und Grundsensibilisierung zu den Themen Grundbildung und Alphabetisierung.

Zusatzmodule bauen auf den Basismodulen auf und richten sich prinzipiell an alle Zielgruppen. Sie decken unter anderem die folgenden Themengebiete ab:

- Einfache Sprache
- Digitales Lernen
- Ausbildung kollegialer Ansprechpartner
- Lernbegleitung von Kolleg_innen mit Grundbildungsbedarfen
- Betriebliche Öffentlichkeit herstellen
- Dimensionen der Grundbildung

Spezialmodule bauen auf den Basismodulen auf und richten sich an eine spezifische Zielgruppe bzw. werden für betriebliche Bedarfe individuell konzipiert. Sie decken unter anderem die folgenden Themengebiete ab:

- Grundbildungssensible Personalarbeit (für Personaler)
- Ansprache von Menschen mit Grundbildungsbedarfen (für kollegiale Ansprechpartner)
- Grundbildungsförderung als Teil der betrieblichen Interessensvertretung (für Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute)
- Grundbildung nachhaltig im Betrieb verankern (für die betriebliche Steuerungsgruppe)
- Grundbildungssensible Konzeption von Bildungsangeboten (für Aus- und Weiterbildner)
- Kollegiale Beratung (für kollegiale Ansprechpartner)

MENTO^{pro}-vor Ort

Unterstützung der Steuerungsgruppe

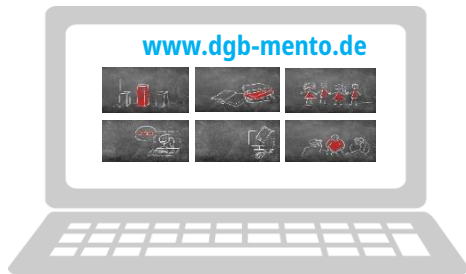
Inhouse Seminare

Beratungen

Entwicklung von Bildungsangeboten



Zugang zum Lern-Management-System (LMS) nach Anmeldung über die Projekt-Homepage



MENTO^{pro}-Lernportal

Foren für Vernetzung und fachlichen Austausch



Besuch von Online-Seminaren



Durchführung von hybriden Veranstaltungen



Selbstlernangebote
Materialsammlungen



**MENTOpro
Projektleitung und
Gesamtkoordination**

DGB Bildungswerk BUND
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 4301 111
Mail: mento@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-mento.de

MENTOpro Nord

Arbeit & Leben Hamburg / Schleswig-Holstein

Canan Yildirim
Tel: 040 28 40 16 - 55
Mail: canan.yildirim@hamburg.arbeitundleben.de

Swetlana Pomjalowa
Tel: 0431 5195-161
Mail: swetlana.pomjalowa@sh.arbeitundleben.de

MENTOpro Sachsen

Arbeit & Leben Sachsen

Miro Jennerjahn
Tel.: 0341 71005-0
Mail: jennerjahn@arbeitundleben.eu

Frank Schott
Tel.: 0341 7100510
Mail: schott@arbeitundleben.eu

MENTOpro Bayern

DGB Bildungswerk Bayern

Renate Schiefer
Tel.: 089 55 93 36 - 25
Mail: renate.schiefer@bildungswerk-bayern.de

MENTOpro NRW

Arbeit & Leben Nordrhein-Westfalen

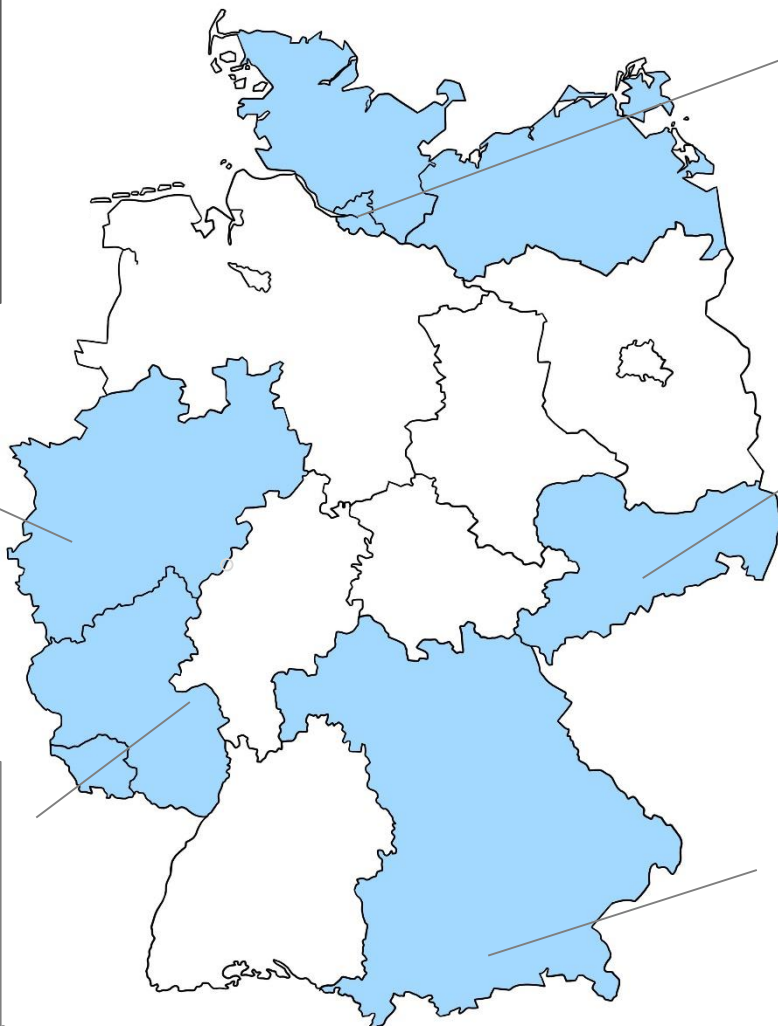
Patrick Körner
Tel: 0211 938 00-23
Mail: koerner@aulnrw.de

MENTOpro Rheinland-Pfalz / Saarland

Arbeit & Leben Rheinland-Pfalz

Werner Schuch
Tel. 06131-14086-34
Mail: w.schuch@arbeit-und-leben.de

Uta Wilhelm-Stutterich
Tel. 0631 35 77 60-52
Mail: U.Wilhelm-Stutterich@arbeit-und-leben.de



MENTO^{pro}



GEMEINSAM FÜR EINE STARKE BELEGSCHAFT

Fotos: Robert Kneschke; Daniel Mock; Stillix / Adobe Stock, Collage: Dörte Stein

1. Gesamtübersicht

Agentur für Arbeit Bremen – Bremerhaven
August 2021

Merkmale	2020 / 2021		Veränderung gegenüber Vorjahr		2019 / 2020	2018 / 2019
	1	2	Anzahl	in %		
			3			
Bewerberinnen und Bewerber						
Insgesamt gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	5.108	200	4,1		4.908	4.935
versorgt	3.630	210	6,1		3.420	3.710
einmündend	1.558	86	5,8		1.472	1.685
andere ehemalige	1.465	38	2,7		1.427	1.566
mit Alternative zum 30.9.	607	86	16,5		521	459
unversorgt zum 30.9.	1.478	-10	-0,7		1.488	1.225
Gemeldete Berufsausbildungsstellen						
Seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	5.442	320	6,2		5.122	5.767
betriebliche	5.389	312	6,1		5.077	5.716
außerbetriebliche	53	8	17,8		45	51
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen im Monat	1.096	-141	-11,4		1.237	1.153
Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber	1,07				1,04	1,17
Unbesetzte Ber.-Stellen je unversorgte Bewerberin/Bewerber	0,74				0,83	0,94

darunter mit gewünschtem Ausbildungsbeginn von Januar bis September

Merkmale	2020 / 2021		Veränderung gegenüber Vorjahr		2019 / 2020	2018 / 2019
	1	2	Anzahl	in %		
			3			
Bewerberinnen und Bewerber						
Insgesamt gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	4.506	-9	-0,2		4.515	4.498
versorgt	3.110	38	1,2		3.072	3.335
einmündend	1.399	17	1,2		1.382	1.544
andere ehemalige	1.193	-27	-2,2		1.220	1.354
mit Alternative zum 30.9.	518	48	10,2		470	437
unversorgt zum 30.9.	1.396	-47	-3,3		1.443	1.163
Gemeldete Berufsausbildungsstellen						
Seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	4.976	101	2,1		4.875	5.332
betriebliche	4.934	91	1,9		4.843	5.295
außerbetriebliche	42	10	31,2		32	37
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen im Monat	1.096	-141	-11,4		1.237	1.153
Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber	1,10				1,08	1,19
Unbesetzte Ber.-Stellen je unversorgte Bewerberin/Bewerber	0,79				0,86	0,99

¹⁾ 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres

1. Gesamtübersicht

Kreis Bremen, Stadt

August 2021

Merkmale	2020 / 2021	Veränderung gegenüber Vorjahr		2019 / 2020	2018 / 2019
		Anzahl	in %		
	1	2	3	4	5
Bewerberinnen und Bewerber					
Insgesamt gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	3.157	250	8,6	2.907	2.852
versorgt	2.191	253	13,1	1.938	2.158
einmündend	956	93	10,8	863	1.009
andere ehemalige	937	105	12,6	832	943
mit Alternative zum 30.9.	298	55	22,6	243	206
unversorgt zum 30.9.	966	-3	-0,3	969	694
Gemeldete Berufsausbildungsstellen					
Seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	3.884	330	9,3	3.554	4.209
betriebliche	3.840	321	9,1	3.519	4.171
außerbetriebliche	44	9	25,7	35	38
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen im Monat	683	-168	-19,7	851	858
Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber	1,23			1,22	1,48
Unbesetzte Ber.-Stellen je unversorgte Bewerberin/Bewerber	0,71			0,88	1,24

darunter mit gewünschtem Ausbildungsbeginn von Januar bis September

Merkmale	2020 / 2021	Veränderung gegenüber Vorjahr		2019 / 2020	2018 / 2019
		Anzahl	in %		
	1	2	3	4	5
Bewerberinnen und Bewerber					
Insgesamt gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	2.786	118	4,4	2.668	2.625
versorgt	1.885	162	9,4	1.723	1.954
einmündend	859	62	7,8	797	925
andere ehemalige	764	61	8,7	703	831
mit Alternative zum 30.9.	262	39	17,5	223	198
unversorgt zum 30.9.	901	-44	-4,7	945	671
Gemeldete Berufsausbildungsstellen					
Seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	3.505	137	4,1	3.368	3.838
betriebliche	3.472	133	4,0	3.339	3.808
außerbetriebliche	33	4	13,8	29	30
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen im Monat	683	-168	-19,7	851	858
Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber	1,26			1,26	1,46
Unbesetzte Ber.-Stellen je unversorgte Bewerberin/Bewerber	0,76			0,90	1,28

¹⁾ 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres

1. Gesamtübersicht

Kreis Bremerhaven, Stadt

August 2021

Merkmale	2020 / 2021	Veränderung gegenüber Vorjahr		2019 / 2020	2018 / 2019
		Anzahl	in %		
	1	2	3	4	5
Bewerberinnen und Bewerber					
Insgesamt gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	1.326	73	5,8	1.253	1.260
versorgt	963	38	4,1	925	901
einmündend	391	47	13,7	344	377
andere ehemalige	335	-67	-16,7	402	362
mit Alternative zum 30.9.	237	58	32,4	179	162
unversorgt zum 30.9.	363	35	10,7	328	359
Gemeldete Berufsausbildungsstellen					
Seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	992	-74	-6,9	1.066	1.062
betriebliche	983	-73	-6,9	1.056	1.049
außerbetriebliche	9	-1	-10,0	10	13
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen im Monat	263	17	6,9	246	194
Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber	0,75			0,85	0,84
Unbesetzte Ber.-Stellen je unversorgte Bewerberin/Bewerber	0,72			0,75	0,54

darunter mit gewünschtem Ausbildungsbeginn von Januar bis September

Merkmale	2020 / 2021	Veränderung gegenüber Vorjahr		2019 / 2020	2018 / 2019
		Anzahl	in %		
	1	2	3	4	5
Bewerberinnen und Bewerber					
Insgesamt gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	1.159	4	0,3	1.155	1.135
versorgt	808	-34	-4,0	842	801
einmündend	352	23	7,0	329	345
andere ehemalige	271	-91	-25,1	362	307
mit Alternative zum 30.9.	185	34	22,5	151	149
unversorgt zum 30.9.	351	38	12,1	313	334
Gemeldete Berufsausbildungsstellen					
Seit Beginn des Berichtsjahres ¹⁾	947	-85	-8,2	1.032	1.027
betriebliche	938	-91	-8,8	1.029	1.020
außerbetriebliche	9	6	200,0	3	7
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen im Monat	263	17	6,9	246	194
Berufsausbildungsstellen je Bewerberin/Bewerber	0,82			0,89	0,90
Unbesetzte Ber.-Stellen je unversorgte Bewerberin/Bewerber	0,75			0,79	0,58

¹⁾ 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres